

Es brennt wieder in Deutschland. Aber diesmal zündeln scheinbar weniger Deutsche gegen Fremde als Fremde gegen Fremde. Also gehen die „Türkenkrawalle“ die Deutschen, von der unverzeihlichen Störung von Ruhe und Ordnung abgesehen, nichts an — oder doch?



Deutsch-türkische Begegnung zwischen Äpfeln und Zucchini: Aslan Jawew kam vor 14 Jahren aus Anatolien nach Deutschland und hat hier eine Familie gegründet und führt ein Lebensmittelgeschäft.

Migration und Integration von Ausländern: Es wird Zeit, umzudenken und langfristige Konzepte zu entwickeln

Gestalten statt Verdrängen

KLAUS J. BADE

In Deutschland nähren brennende türkische Läden und Reisebüros Skepsis gegenüber kurdischen Flüchtlingen, die ihre Zeit im Asylverfahren dazu „mißbrauchen“, friedlich auf die Hintergründe ihrer Flucht hinzuweisen. Vergessen wird überdies, daß Kurden nicht nur als Asylbewerber, sondern seit vielen Jahren auch als Einwanderer aus der Türkei unter uns leben. Egal, so wird gesagt, wer als ausländischer Arbeitnehmer nach Deutschland kommen durfte, der soll hier arbeiten und nicht in Sachen Heimat demonstrieren. Und wer Asyl sucht, soll die Sicherheit, die ihm, wenn auch meist nur auf Verfahrensdauer,

geboten wird, still genießen und uns nicht mit seinen Angelegenheiten behelligen, die nicht die unseren sind — oder doch?

Das Zündeln der Deutschen gegen Fremde liegt noch nicht lange zurück: Weltweit bekannte Stichworte xenophoben Terrors trugen seit 1991 die Namen deutscher Orte, wo sich fremdenfeindliche Gewalttaten ereignet hatten. Sie hießen im Osten z. B. „Hoyerswerda“ und „Rostock“, im Westen „Hünxe“, „Möln“ und „Solingen“. In der Nacht zum 25. März 1994 brannte in Lübeck zum ersten Mal seit dem nationalsozialistischen November-Pogrom von 1938 wieder eine Synagoge in Deutschland. Menschen kamen

nicht zu Schaden. Aber Entsetzen ging um über die lodrende Synagoge. Eine Schrecksekunde lang kam das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte zurück.

Beschwörende Formeln füllten tagelang die Presse. Zur gleichen Zeit verbrannten sich Kurden auf deutschen Straßen, um auf das Schicksal ihres Volkes aufmerksam zu machen. Auch das beschäftigte die Medien — aber als Gegenstand öffentlichen Ärgernisses wegen Verkehrsbehinderung und Landfriedensbruchs. Ignatz Bubis war es seinerzeit, der vor dem Hintergrund des Anschlags von Lübeck daran erinnerte, daß Gewalt gegen Minderheiten, wo und gegen

wen auch immer, zu ächten und zu bekämpfen sei.

Wie Ende Mai/Anfang Juni 1993 die tagelangen Krawalle im Anschluß an die Solinger Morde am Tatort und in anderen Städten gezeigt hatten, formierte sich auch unter den Adressaten der fremdenfeindlichen Bewegung, besonders unter jugendlichen „deutschen Türken“, Abwehr-, aber auch Angriffsbereitschaft. Deshalb wuchs die Gefahr ethnosozialer Spannungen. Hinzu kommen die aus den Herkunftsländern übergreifenden Konfliktpotentiale, wie sie zum Beispiel in den Aktionen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zum Ausdruck kamen. Sie wurden mit dem Verbot der Partei und zahlreicher

anderer kurdischer Organisationen in Deutschland beantwortet. Das führte zu neuen Problemen, weil justitiable Trennlinien zwischen politischem und ethnokulturellem Engagement bei Minderheitenorganisationen in der Einwanderungssituation oft schwer zu ziehen sind. Unübersehbar wurde dies spätestens bei den blutigen kurdischen Demonstrationen vom März 1994, bei denen es ethnokulturell um die Feiern zum kurdischen Neujahrsfest in Deutschland, politisch aber um den Kampf der PKK und um die Unterdrückung der kurdischen Minderheit in der Türkei ging.

Bei vielen der oft weit ausholenden Deutungen von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit im vereinigten Deutschland kamen die eigentlichen Kernprobleme oft nur am Rande vor: Einwanderung, Eingliederung, Minderheitenfragen und deren gesellschaftspolitische Gestaltung. Das war um so bemerkenswerter, als eine wichtige Ursache für Fremdenangst und fremdenfeindliche Abwehrhaltungen gerade in der lange anhaltenden politischen Desorientierung der Bevölkerung gegenüber den gesellschaftlichen Problemen und politischen Aufgaben im Bereich von Migration, Integration und Minderheiten zu suchen ist.

Heute besteht Gefahr in einer Wende vom Alarmismus zum Desinteresse: An die Stelle der von Parteien und Medien oft fahrlässig angeheizten Titanic-Hysterie der Asyldebatte der späten 1980er und frühen 1990er Jahre trat im Superwahljahr 1994, aus Sorge vor einem erneuten Aufsteigen fremdenfeindlicher Gewalt, der Rückzug von Politik und Medien aus den brisanten Themenfeldern von Migration, Integration und Minderheiten. Es ging statt dessen um Wahlkampf, Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit.

Am Ende steht heute nach wie vor das Paradoxon einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland. Migrationspolitik aber darf sich nicht allein in Reglementie-

Buchtips

Klaus J. Bade:

Deutsche im Ausland — Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart, Verlag C. H. Beck, München 1992.

Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung, Verlag C. H. Beck, München 1993

Homo Migrans: Wanderungen aus und nach Deutschland — Erfahrungen und Fragen, Klartext Verlag, Essen 1994

Ausländer — Aussiedler — Asyl: Eine Bestandsaufnahme, Verlag C. H. Beck, München 1994.

rungen der transnationalen Wanderung oder in Sicherheitspolitik nach außen erschöpfen. Sie muß nach außen hin ergänzt werden um Programme zur Bekämpfung der Fluchtursachen, bei denen es nicht nur um ökonomische und ökologische, sondern auch um politische Krisenherde geht. Migrationspolitik braucht nach innen das Pendant der Integrations- und Minderheitenpolitik. Die Innenseite der Migrationspolitik heißt Gesellschaftspolitik.

Solche integrale Migrationspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf einen breiten Fundamentalkonsens stützen kann. Sie kann in einer freiheitlichen Demokratie nicht gegen die einheimische Mehrheit durchgesetzt werden, wenn gefährliche Folgen vermieden werden sollen — zu Lasten zugewanderter Minderheiten, aber auch des politischen Systems insgesamt.

Deshalb muß dafür regelrecht geworben werden. Daß das geht, wurde im Bereich der Aussiedlerintegration erfolgreich demonstriert. Es fehlt also nicht am Können, es fehlt eher am Willen.

Gesellschaftliche Koexistenz in kultureller Toleranz und sozialem Frieden aber hängen entscheidend davon ab, ob und inwieweit Gesellschaft und Politik im vereinigten Deutschland bereit sind, auf diese Herausforderungen in den Problembereichen von Migration, Integration und Minderheiten mit integralen Konzepten und weitsichtigen Perspektiven zu antworten. Es wird Zeit, umzudenken, bevor es, wieder einmal, zu spät sein könnte.

Der Autor ist ordentlicher Professor für Neueste Geschichte und Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

Ausländer in Deutschland

Fast jeder vierte Ausländer ist 20 Jahre und länger in der Bundesrepublik, jeder fünfte wohnt und arbeitet hier seit 15 bis 20 Jahren. Sie wurden mehr und mehr zu Einheimischen mit fremdem Paß. Über 700 000 Türken, 400 000 Jugoslawen, 300 000 Italiener, 200 000 Griechen, 100 000 Spanier und 50 000 Portugiesen leben 15 Jahre und länger in der Bundesrepublik Deutschland.

Von 1980 bis 1990 wurden rund 516 000 Menschen in die Bundesrepublik eingebürgert, davon überwiegend Aussiedler. Auf Ausländer entfielen gut 167 000 Einbürgerungen.

Die ausländischen Arbeitnehmer fördern den Wohlstand der Deutschen beträchtlich. Als Verbraucher geben sie der Binnenkonjunktur kräftige Konsumimpulse. Was in den Startjahren der Ausländerbeschäftigung noch in die Heimat überwiesen wurde, wird heute zum großen Teil im Lande ausgegeben — für Lebensunterhalt, für langlebige Konsumgüter, für Versicherungsbeiträge und auch für Immobilien und gewerbliche Investitionen.

Den volkswirtschaftlichen Nettoertrag, den die Deutschen aus der Beschäftigung von Ausländern ziehen, beziffert das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung auf 41 Milliarden DM.

Ausländer haben das Recht, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld zu beziehen. Genauso erfüllen sie auch ihre Pflichten als Zahler von Steuern und Sozialbeiträgen wie die Deutschen. Zum Solidaritätszuschlag für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer haben allein die Türken 450 Millionen DM beigesteuert.

Der Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer zur Finanzierung der sozialen Sicherung ist erheblich: Sie zahlten 1989 aufgrund ihrer spezifischen Altersstruktur fast 13 Milliarden DM in die Rentenversicherung, bezogen aber nur knapp 4 Milliarden DM in Form von Renten.

aus: „Zusammenleben und Zusammenarbeiten. Ausländer in Deutschland“, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft

